



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Postulat von Regina Vogt, FDP-Fraktion: Überprüfung der Kostengestaltung im APH - Bereich

Autor/in: [Regina Vogt](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 27. Juni 2013

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Mit Einführung der Neuen Pflegefinanzierung auf das Jahr 2011 ist die Entwicklung der Preisgestaltung und Kostenentwicklung der Alters- und Pflegeheime erneut in den politischen Focus geraten.

Mit Abstützung auf den Erfahrungsstand der letzten Jahre hat sich der Kanton Basel-Landschaft für ein eigenes Finanzierungsmodell entschieden. Die Situation in der Pflegefinanzierung ist jedoch sehr komplex und so wurden bereits ein Jahr später die Normkosten, resp. die Pflege-, Betreuungs- und Hotelleriekosten optimiert.

Grundsätzlich belastet die Neuregelung der Pflegefinanzierung die Gemeinden erheblich. Bei der Berechnung der Gemeindebeiträge stellte sich heraus, dass bei sinkenden Ergänzungsleitungen (EL) und vor allem bei sinkenden Krankenkassenbeiträgen eine Mehrbelastung der Gemeinden entstanden ist. Gleichzeitig ist eine massive Zunahme der Ergänzungsleistungsbezüger festzustellen.

Bereits stehen neue Korrekturverhandlungen zur Optimierung der APH Kosten im Raum. Die Situation mit Blick auf "Private Anbieter" zeigt, dass Wohnen im Alter durchaus auch günstiger angeboten wird. Altersresidenzen verfügen über altersgerechte Wohninfrastruktur - und sind gleichzeitig in der Lage - ambulant verrechnete Spitex-Leistungen über alle Pflegestufen hinweg anzubieten. Auffällig dabei ist die daraus resultierende Kostendifferenz.

Die heutige Regelung führt in Kombination mit dem Vermögensverzehr dazu, dass Betreuungs-Alternativen gesucht und gefunden werden. Wenn die APH Vollkosten pro Tag zwischen Fr. 400.- bis Fr. 470.- betragen, ist es nicht verwunderlich, wenn Lösungen mit Unterstützung von Personal aus Tieflohnländern angestrebt werden. Für die rekrutierten Helfer und Helferinnen bedeutet dies in den meisten Fällen eine erhebliche Besserstellung ihrer finanziellen Verdienstmöglichkeiten. Wenn die APH's in der Lage sein sollten, den gesamten steigenden Bedarf an Pflegeplätzen abdecken zu müssen, wird sich die berechnete Frage stellen, was wir für das Älterwerden investieren wollen. Eigenverantwortliche Planung eines jeden Menschen und Unterstützung durch seine Familienangehörigen scheinen mir für die Zukunft unabdingbar zu sein.

Damit ein öffentlicher Heimplatz auch für Selbstzahler attraktiv bleibt, muss das Kostenwachstum bei den APHs gestoppt werden. Private Anbieter sind daran, den freien Markt zwischen "Nicht mehr Zuhause - aber noch nicht in Pflege" zu erobern. Das ist die neue grosse Herausforderung, die eine deutliche Verringerung der Kosten bedeuten könnte.

Der Regierungsrat wird unter dem wichtigen Aspekt der Tragbarkeit und Finanzierbarkeit gebeten zu prüfen und zu berichten, inwiefern er Einfluss auf die Kostenentwicklung nehmen kann, damit die Leistbarkeit durch die Bürgerinnen und Bürger ohne Steuererhöhung sichergestellt wird. Weiter sind die Gemeindebeiträge im Zusammenhang mit den Ergänzungsleistungen und Krankenkassenbeiträgen zu überprüfen. Ausserdem möchte ich den Regierungsrat bitten, die Festlegung einer Tarifobergrenze der Alters- und Pflegeheime zu prüfen.